



Haushaltsrede von Bürgermeister Klaus Pipke bei Einbringen des Haushaltsentwurfes 2018

*Gehalten im Rat der Stadt Hennef am 09.10.2017. **Es gilt das gesprochene Wort.**
Online als **PDF-Download** verfügbar unter <http://www.hennef.de/index.php?id=389>*

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

im vergangenen Jahr habe ich meine Rede mit einem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung begonnen, da das Haushaltssicherungskonzept besondere Anforderungen an uns alle stellt. Ich möchte diesen Dank wiederholen und ergänzen: Denn zusätzlich haben die Kolleginnen und Kollegen in diesem Jahr zwei Wahlen gestemmt, die letzte vor knapp zwei Wochen. Wir alle wissen, dass dies sehr viel Arbeit ist. Rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung waren jeweils an den beiden Sonntagen im Einsatz. Dafür danke ich auch an dieser Stelle noch einmal herzlich. Der Dank geht natürlich auch an alle Ratsmitglieder, die bei der Landtags- und der Bundestagswahl in den Wahllokalen im Einsatz waren. Insgesamt waren am 24.9. 344 Wahlhelfer im Einsatz, davon 130 Verwaltungsmitarbeiter und 150 weitere Bürgerinnen und Bürger. Hinzu kamen 64 Helfer im Briefwahllokal und viele weitere Menschen, die mehr oder weniger im Hintergrund dafür gesorgt haben, dass alles reibungslos läuft.

Auch an der Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfes 2018, den ich Ihnen heute vorlegen kann, haben viele Menschen mitgewirkt. Vor allem natürlich die Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei, mit Eva Maria Weber und Wolfgang Höhner an der Spitze, aber natürlich letztlich alle Kolleginnen und Kollegen die ihre Fachkenntnisse haben einfließen lassen und die nötigen Mittel nach bestem Wissen und Gewissen angemeldet haben. Dafür an dieser Stelle meinen ganz herzlichen Dank!

Vor dem Hintergrund des Haushaltssicherungskonzeptes können natürlich nach wie vor nicht alle Wünsche berücksichtigt werden, manches muss verschoben werden, anderes wiederum ist dringend notwendig und bindet Mittel, für die man an anderer Stelle bestimmt auch schöne Projekte gefunden hätte. Kurz: Wir sparen weiterhin wo es nur geht, und bemühen uns trotzdem, alle Projekte, die zwingend notwendig sind, in einen engen Finanzplan einzufügen, auch wenn dies bedeutet, wieder Geld aufnehmen zu müssen.

Und damit zum Kern und Anlass der Rede, den Haushaltszahlen 2018. Wie in den letzten Jahren üblich legen wir den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr zu einem recht frühen Zeitpunkt vor, um dann möglichst auch direkt ab dem Jahresanfang wirtschaften zu können.



Der Ergebnisplan des Haushaltsentwurfes 2018 verzeichnet rund 123,5 Millionen Euro ordentliche Erträge und rund 128,3 Millionen Euro ordentliche Aufwendungen. Im Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit schließt er mit einem Minus von 4,8 Millionen Euro ab. Verrechnet mit Finanzerträgen in Höhe von 1,4 Millionen Euro und Zinsen und Finanzaufwendungen in Höhe von 3,4 Millionen Euro ergibt sich ein Jahresergebnis von minus 6,8 Millionen Euro.

Verarbeitet ist die Simulationsrechnung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände in NRW für ein Gemeindefinanzierungsgesetz 2018. Die regionalisierte Novembersteuerschätzung ist natürlich noch nicht eingearbeitet. Den Ausgleich des Defizites werden wir über die allgemeine Rücklage leisten, die wir damit um 14,23 Prozent verringern. Der Finanzplan für 2018 verzeichnet im Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Plus von 233.035 Euro und im Saldo der Investitionstätigkeiten ein Minus von rund 14,2 Millionen Euro. Das Saldo aus Finanzierungstätigkeit, also Kreditaufnahme und Tilgung, verzeichnet ein Plus von 9,8 Millionen Euro. Aber wie Sie wissen, bedeutet „plus“ hier nicht „positiv“, denn in Wahrheit ist das die Höhe der Neuverschuldung: Wir nehmen mehr Geld auf, als wir zurückzahlen.

Einer der Gründe ist, dass wir uns in 2018 durch den Erwerb eines Anteils in Höhe von 51 Prozent an der neu gegründeten „Hennef (Sieg) Netz GmbH & Co. KG“ beteiligen. Allein diese Beteiligung erfordert eine Kreditaufnahme in Höhe von 10,3 Millionen Euro.

Damit partizipieren wir aber auf lange Sicht an den Gewinnen der Netzgesellschaften. Ohne diese Investition sähe die Finanzlage allerdings für den Moment ganz anders aus, und wir würden uns 2018 um rund 483.000 Euro entschulden. Durch die Verschiebung der notwendigen Erweiterung der Gesamtschule West um den siebten Zug – dazu später mehr – wird die geplante Nettoneuverschuldung des Jahres 2017 um 1,8 Mio. Euro in das Jahr 2019 verschoben: d.h. entsprechendes Investitionsvolumen wird 2017 gesperrt und 2019 neu veranschlagt. Demnach verschiebt sich auch die Nettoneuverschuldung in dieser Höhe in das Jahr 2019.

Ab dem Jahr 2020 können wir uns dann wieder entschulden, zunächst um rund 626.000 Euro, in 2021 werden wir den Schuldenstand dann im Plan um rund 4,4 Millionen Euro senken.

Der Gesamtschuldenstand der Stadt wird somit ab 2018 wieder steigen. In konkreten Zahlen und im Vergleich der Jahre heißt das: 2003 lag der Schuldenstand bei 94 Millionen Euro, 2012 dann bei 87 Millionen und 2015 mit 83,6 Millionen Euro auf einem der niedrigsten Stände der letzten Jahre. Durch die geplanten Nettoneuverschuldungen der Jahre 2016, 2018 und 2019 würde der Gesamtschuldenstand dann aber 2016 auf 85,8 Millionen Euro 2018 auf 95,6 Millionen Euro und 2019 auf 97,1 Millionen Euro steigen.



Wie in den letzten Jahren möchte ich Ihnen wieder die zwei wichtigsten Faktoren nennen, die die Haushaltsplanung erschweren und uns die Grenzen der eigenen Möglichkeiten aufzeigen: Die Personalkosten und die Transferaufwendungen, die zusammengenommen rund 68 Prozent des ordentlichen Aufwandes ausmachen – Ausgaben, auf die wir als kommunales Parlament und als Verwaltung letztlich keinen unmittelbaren oder gravierenden Einfluss haben.

Unsere Personalkosten lagen 2011 bei 22 Millionen Euro und 2016 bei 29,1 Millionen, 2017 bei 31,0 Millionen, 2018 liegt der Ansatz bei 35 Millionen. Entscheidende Faktoren sind hierbei unter anderem steigende Personalbedarfe durch den Ausbau der Kindertageseinrichtungen und beim Baubetriebshof und durch den kommunalen Ordnungsdienst – auch hierzu sage ich gleich noch etwas.

Die Transferaufwendungen, also vor allem die Sozialleistungen und die Kreisumlage, lagen 2011 bei 34,5 Millionen und 2016 bei 47,1 Millionen. Der Ansatz 2017 lag bei 51 Millionen, 2018 wird er bei 51,7 Millionen Euro liegen – auch hier haben wir also eine stetige Steigerung. Insbesondere die Versorgung der Flüchtlinge mit Wohnraum gestaltet sich weiterhin wenig kalkulierbar. Einerseits müssen wir die beiden Unterkünfte in der Reuterstraße noch vorhalten, andererseits sind die Flüchtlings-Zuweisungen des Landes schwankend bis rückläufig: eine Unterbelegung der Unterkünfte führt demnach zu steigenden ungedeckten Fixkosten und zu weiterhin schwer kalkulierbaren Transferaufwendungen.

Personalkosten und Transferaufwendungen zusammen lagen 2011 noch bei 56,5 Millionen, 2016 bei 76,2 Millionen Euro, 2017 bei 82 Millionen Euro und liegen 2018 voraussichtlich bei 86,7 Millionen Euro.

Sie sehen also, dass die Haushaltsplanung nach wie vor extrem schwierig ist und uns trotz aller Planung immer wieder Unwägbarkeiten, auf die wir keinen Einfluss haben, das Leben schwer machen. Da wir als Kommune auf der anderen Seite nicht sehr viele Einnahmequellen haben, ärgert es mich besonders, wenn wir kaum neue Quellen erschließen können und sich zum Beispiel die Entwicklung des Gewerbegebietes Kleinfeldchen so in die Länge zieht. Einerseits drängen die finanziellen Zwänge, andererseits sind wir in bürokratischen Prozessen gefangen, die wichtige Entwicklungen über Jahre strecken. Ganz ähnlich verhält es sich ja mit dem Thema Horstmannsteg: Diese Verbindung ins Hennefer Stadtzentrum ist enorm wichtig, und es ist nicht im Geringsten hilfreich, eine geplante, abgestimmte und beschlossene Maßnahme – für die überdies auch noch Fördergelder zur Verfügung stehen – mit späten Bedenken, plötzlichen neuen Ideen und dann sogar einer Klage aus dem Ruder laufen zu lassen. Auch vor diesem Hintergrund bewegt sich ein städtischer Haushalt. Und es ist eben etwas Anderes, ob man in der



tatsächlichen Verantwortung für einen auskömmlichen Haushalt ist und dies auch vor Aufsichtsgremien vertreten muss, oder ob man Projekte, die für die Zukunft des städtischen Haushaltes von besonderer Wichtigkeit sind, mit Bedenken und Klagen über Jahre verzögern kann, ohne Jahr für Jahr Rechenschaft über diesen Haushalt abgeben zu müssen. Mindestens ebenso ärgerlich ist es dann, wenn man zusehen muss, wie einem Projekte in gutachterlich abgesicherten, aufwändigen und langfristigen bauordnungsrechtlichen Verfahren beinahe wie Rauch aus dem Fenster geblasen werden, während an der Türe Investoren stehen, die lieber heute als morgen in eben diesem Gewerbegebiet Arbeitsplätze in unserer Stadt schaffen wollen.

Genauso hinderlich stellt sich ein Zielkonflikt dar, der zwischen dem Landschaftsplan und dem Regionalplan besteht: Während der Regionalplan als einzige Siedlungsschwerpunkte den Zentralort und Uckerath nennt und nur dort ein Siedlungs-Wachstum über den Eigenbedarf hinaus gestattet und im Plan auch die erlaubten Flächen darstellt, zieht der Landschaftsplan Nr. 9 sehr viel engere Grenzen, teilweise bis in Gärten hinein, so dass es in diesem Konflikt de facto nicht möglich ist, irgendwo neue Gewerbe- oder Wohnbaugebiete auszuweisen: Der Rhein-Sieg-Kreis würde aufgrund der Ausweisungen des Landschaftsplanes immer ein Veto einlegen, und die Bezirksregierung würde sich dem immer anschließen, obwohl eine Ausweisung in den Regionalplan passt und selbst dann, wenn es sich nicht um hochwertige Naturräume, sondern einfache Ackerflächen handelt, einfach nur, weil laut Landschaftsplan auf diesen eines Tages hochwertige Naturräume entwickelt werden sollen. Eine besondere Note bekommt dieser Zielkonflikt noch vor dem Hintergrund, dass gerade der Rhein-Sieg-Kreis aufgrund seines Gewerbe- und Wohnbedarfsgutachtens weitere Gewerbe- und Wohnbauflächen braucht, die wir unter diesen Voraussetzungen natürlich nicht ausweisen können. Kurz: Stillstand der Entwicklung. Damit wir uns richtig verstehen: Es geht nicht darum, unendlich viele weitere Baugebiete auszuweisen. Es geht darum, dass uns als Kommune im Haushaltssicherungskonzept auch hier wieder eine wichtige Möglichkeit, unsere Zukunft in kommunaler Selbstverwaltung zu gestalten, erschwert bis unmöglich gemacht wird. Eine erste Lösung besteht für uns zunächst darin, freie Flächen innerhalb der Dörfer zu ermitteln und zu schließen. Grundsätzlich und dauerhaft lösen kann dieses Problem aber natürlich nur der Rhein-Sieg-Kreis!

Gesprochen haben wir bereits über das Thema in welchem Maße wir als Kommune Ordnungsdienste übernehmen, das ja auch in den letzten Monaten durch die Medien gegangen ist – ich hatte die steigenden Belastungen bei den Personalausgaben erwähnt. Fest steht, dass große Kommunen diese Dienste schon seit langem übernehmen und das andere im Grunde nicht drumherum kommen, obgleich es natürlich zu einer finanziellen



Mehrbelastung führen wird. Es ist nun einmal qua Gesetz die Aufgabe von Ordnungsbehörden, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gewährleisten. Dies gilt für die Polizei ebenso wie für Ordnungsämter, man muss lediglich definieren, wer was macht, wer was wann macht und was man gemeinsam macht. Ohne Frage lastet auf den Polizeibehörden eine große Verantwortung und eine große Arbeitslast. Die Bevölkerung andererseits fordert zu Recht, dass Sie bei Problemen jederzeit einen Ansprechpartner hat, und jemanden, der etwaige Probleme der Sicherheit oder Ordnung löst. Auf Kommunen wiederum lastet eine ohnehin schon kaum zu bewältigende Finanzlast. Dennoch stellen wir uns natürlich dieser Aufgabe, denn trotz aller Probleme und Belastungen ist es eine immens wichtige Aufgabe. Die nötigen ersten Schritte innerhalb der Verwaltung haben wir bereits in die Wege geleitet: Wir werden fünf neue Vollzeitstellen einrichten und gehen davon aus, dass wir noch in diesem Jahr mit dem kommunalen Ordnungsdienst in Hennef starten können – nach den Ausschreibungen, nach den nötigen Schulungen und Qualifizierungen der neuen Mitarbeiter sowie nachdem wir die Ausrüstung und ein erforderliches Fahrzeug beschafft haben. Aufgabe der neuen Kollegen wird es sein, rund um die Uhr auch nach Dienstschluss und an Wochenenden für die Bevölkerung ansprechbar zu sein, insbesondere bei Ruhestörungen, aber auch anderen Ordnungswidrigkeiten – zum Beispiel im Rahmen von Veranstaltungen – zu handeln und diese zu ahnden, sowie in bekannten Angsträumen Präsenz zu zeigen. Die genaue Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei sowie die Ausgestaltung der Zusammenarbeit – insbesondere nachts und an Wochenenden – werden wir mit der Kreispolizeibehörde und dem Landrat noch besprechen müssen. Absehbar ist übrigens, dass es dabei nicht bleiben wird: Im Hintergrund laufend bereits Diskussionen auf Landesebene, dass diese kommunalen Ordnungsdienste künftig auch kleinere Verkehrsunfälle mit Blechschäden aufnehmen oder für Schwertransporte zuständig sein werden.

Ein anderes Thema beschäftigt uns in der ein oder anderen Form seit Jahrzehnten und wird uns natürlich erhalten bleiben: Kindertageseinrichtungen und Schulen. Denn trotzdem wir in den vergangenen Jahren in diesen Bereichen sehr viele wichtige Maßnahmen in die Wege geleitet und umgesetzt haben, müssen wir auch in den kommenden Jahren wieder einige wichtige Projekte anpacken. Nach wie vor schwimmen wir gegen den Strom der allgemeinen Entwicklung: Hennef wächst weiter. Diese Entwicklung haben wir auch selbst angestoßen, zum Beispiel mit dem Neubaugebiet „Im Siegbogen“, aber auch der Aufwertung unserer Innenstadt und weiteren Entwicklungsmaßnahmen der letzten Jahre – viele Maßnahmen also, die Hennef als Arbeits- und Wohnort stetig attraktiver gemacht haben. Von daher war es auch notwendig, die in Containern errichtete Kita an der Deichstraße von der evangelischen Kirche zu übernehmen und übergangsweise weiter zu betreiben. 2019 wollen



wir diese Kita auf dem Areal zwischen der Grundschule Gartenstraße und der Frankfurter Straße in einem Neubau unterbringen und von einer 3-gruppigen auf eine 5-gruppige Einrichtung aufstocken. Geplant ist, dass die Kita dort zum 1.8.2019 den Betrieb aufnimmt. Für den Bau haben wir im Haushalt 2018 2 Millionen Euro und noch einmal 1,3 Millionen Euro in 2019 vorgesehen. Die Einrichtung und die Ausstattung mit Spielgeräten schlägt 2019 außerdem mit 80.000 Euro zu Buche. Die Maßnahme wird vom Land NRW mit rund 580.000 Euro gefördert.

Auch weitere Baumaßnahmen für die Gesamtschule West werden uns noch einige Zeit begleiten. Allerdings werden wir die Baumaßnahmen für den 7. Zug verschieben können: Eigentlich hätten die Bauarbeiten bereits in diesem Herbst beginnen sollen. Da wir aber die 7-Zügigkeit, die ja erst am 1.8.2017 mit der Jahrgangsstufe 5 begonnen hat, am Standort Wehrstraße bis einschließlich Jahrgangsstufe 7 abbilden können, können wir die notwendigen Neubauten am Standort Fritz-Jacobi-Straße auf 2019 verschieben.

2019 und 2020 müssen wir dann allerdings tätig werden. Da wir in diesen beiden Jahren aber auch die OGS an der Gartenstraße erweitern müssen – eine Investition von in Summe 2,5 Millionen Euro – können wir beide Maßnahmen in einem Aufwasch machen und sparen uns die doppelte Baustelleneinrichtung.

Der Bau des 7. Zuges kostet uns in den Jahren 2017 bis 2020 insgesamt 4,3 Millionen Euro. Die Einrichtung kostet uns 2020 weitere 335.000 Euro.

Im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes erhält das Land Nordrhein-Westfalen vom Bund 1,12 Milliarden Euro. Das Geld dient der Modernisierung und Sanierung kommunaler Schulen. Unser Anteil hieran beträgt rund 2,2 Millionen Euro, die wir 2021 in die Fassadensanierung der GGS Hanftalstraße und der Förderschule in der Geisbach investieren werden.

Ein weiteres wichtiges Thema ist und bleibt die Ausstattung unsere Feuerwehr. Im August dieses Jahres haben wir sie mit drei neuen Fahrzeugen aufgerüstet, zwei „Mittleren Löschfahrzeugen“ sowie einem „Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug“. Der Gesamtwert der Fahrzeuge beläuft sich auf rund 880.000 Euro. Darüber hinaus haben wir bereits im Juni die Rettungswache Kleinfeldchen als Provisorium in Betrieb nehmen können. Künftig soll die dortige Wache in der geplanten endgültigen Form die Rettungswache, die in der Meys Fabrik zusammen mit der Feuerwache untergebracht ist, aufnehmen. Vor allem die räumliche Situation der Feuerwehr selber wird uns weiter beschäftigen. Den notwendigen Neubauten der Feuerwehrhäuser in Stadt Blankenberg und Happerschoß werden wir vor dem Hintergrund der Planungen für die Regionale betrachten und zunächst ermitteln, wie sich diese Projekte beeinflussen, ehe wir Kosten schätzen und zeitliche Perspektiven eröffnen können. Im Plan haben wir jetzt schon den Neubau des Feuerwehrhauses in Söven, der



2017 und 2018 mit je 90.000 Euro Planungskosten und 2019 und 2020 mit insgesamt 2,5 Millionen Euro Baukosten zu Buche schlägt. Für 2019 und 2020 haben wir dann außerdem 500.000 Euro für den notwendigen Umbau des alten Söveners Feuerwehrhauses veranschlagt, das unter anderem als Vereinsheim des TV Rott dienen könnte.

Andere Themen, die in den kommenden Jahren unsere Aufmerksamkeit erfordern, sind mit den Stichworten „Integrierte Handlungskonzepte Stadt Blankenberg und Innenstadt“ sowie Regionale 2022/2025 umrissen. Für alle drei Projekte laufen die Vorbereitungen, beim InHK Stadt Blankenberg sind wir schon sehr weit, die nächste Bürgerinformation wird am kommenden Montag, 16. Oktober, hier in der Meys Fabrik stattfinden. Mit dem InHK Innenstadt werden wir dann direkt im nächsten Jahr beginnen.

Zum Schluss danke ich Ihnen, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, sowie allen zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die hervorragende Zusammenarbeit bei den vielen Projekten, die uns in diesem Jahr bisher beschäftigt haben, einige wichtige möchte ich nennen: Neubau der Kitas in Stoßdorf und Allner; weitere Verbesserung des Glasfaser-Ausbaus, insbesondere mit einer Versorgung Uckeraths mit bis zu 100 Bit/s; Bau eines Kleinspielfeldes an der Grundschule Hanftal, die gemeinsame Weiterentwicklung des Inklusionsplanes; den wir dieser Tage den Fachgremien zur Beratung vorgelegt haben, und die eindrucksvolle gemeinsame Ratssitzung mit Vertretern aus Le Pecq, die wir am kommenden Wochenende in Le Pecq auch wieder erleben dürfen.

Danken möchte ich auch den Bürgerinnen und Bürgern, die über unsere Internetseite Vorschläge für den Haushalt eingereicht haben. Die Haushaltsvorschläge werden wir Ihnen mitsamt Erläuterungen und Bewertung in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Rahmen der Haushaltsberatungen vorlegen. Mein Dank geht darüber hinaus an alle Bürgerinnen und Bürger, die sich in Vereinen und Initiativen auf vielen Ebenen für unsere Stadt und die Menschen engagieren. Ohne dieses Engagement wäre das Leben in unserer Stadt ärmer.

Für die Beratung des Haushaltsentwurfes 2018 wünsche ich Ihnen nun gutes Gelingen. Wie immer möchte ich sie bitten, keine zusätzlichen Ausgaben ohne Deckungsvorschlag zu veranschlagen.

Vielen Dank!